

Liebe Leserinnen und Leser,

am Mittwoch ist es soweit: Ab 1. Juli übernimmt Deutschland die **EU-Ratspräsidentschaft** für das nächste halbe Jahr. Damit nimmt die Bundesrepublik die Rolle eines neutralen Vermittlers im Kreise der übrigen Mitgliedstaaten ein - und das in einer der wohl herausforderndsten Zeiten überhaupt. Für diese Aufgabe hat die Bundesregierung ein eigenes Präsidentschaftsprogramm entwickelt, das die **Prioritäten für unsere Präsidentschaft** und die **zentralen Herausforderungen der EU** umfasst. Die nachhaltige Überwindung der Corona-Krise, die wirtschaftliche Erholung und die Erschaffung eines stärkeren, innovativeren und nachhaltigen Europas stehen dabei im Vordergrund.



Für die Land- und Ernährungswirtschaft gilt es jetzt, die richtigen Schlussfolgerungen für Europa aus der Krise zu ziehen. Wie meiner Kollegin Julia Klöckner ist es mir daher ein wichtiges Anliegen, im Präsidentschaftsprogramm die **Systemrelevanz der Land- und Ernährungswirtschaft** zu betonen. Es muss unser europäisches Ziel sein, diese wichtigen Sektoren zu stärken!

Mit „**The Next Generation EU**“ hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein ambitioniertes Wiederaufbauinstrument gemacht. Und auch, wenn noch Nachbesserungsbedarf besteht, weil einige grundlegende Fragen unbeantwortet sind: Für ihre Rede im Plenum zolle ich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen uneingeschränkten Respekt und Anerkennung! Denn kein Land kann die Corona-Krise im Alleingang bewältigen und reparieren. Die kühnsten Maßnahmen sind bislang immer die sichersten in Europa gewesen. Das ist der Moment Europas - unser Moment!

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Dieser Newsletter löst zukünftig den „Brief aus Straßburg“ ab - zu vielfältig sind mittlerweile die Themen, mit denen ich mich im Europäischen Parlament und darüber hinaus, aber selbstverständlich auch in meiner Heimat beschäftige. Die Schwerpunkte der Plenarwoche bleiben aber natürlich auch hier Bestandteil des Newsletters.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

EU-Haushalt und Aufbauplan: Debatte mit Rat und Kommission

Der kommende Mehrjahreshaushalt soll bei Forschungszusammenarbeit, Bildungsaustausch, Außengrenzschutz und Verteidigung starke Akzente setzen. Dies forderten die Abgeordneten in der Plenardebatte zum Ausblick auf den EU-Gipfel, der sich ebenfalls mit der anstehenden Finanzperiode beschäftigt. Darüber hinaus sollen Forschung und Entwicklung in fast allen Bereichen der Wissenschaft sowie Investitionen in Zukunftstechnologien und Infrastruktur, etwa ein europäisches 5G-Netz, Cloud-Systeme für Industriedaten, Robotik, KI und die Digitalisierung des Mittelstandes besser koordiniert werden. Beim Wiederaufbaufonds ist entscheidend, dass die Gelder nicht einfach in die nationalen Haushalte fließen, sondern kriteriengebunden auf Basis der Regeln der Kohäsions- und Strukturfonds für nachhaltige Investitionen verwendet werden. Die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein. CDU/CSU und EVP drängten in der Debatte darauf, dass die Rückzahlung des Investitionspakets bereits 2026 oder 2027, also noch innerhalb des nächsten Europäischen Haushalts beginnen müsse. Investitionsplan und Rückzahlungsplan müssten gleichzeitig rechtsverbindlich beschlossen werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

EU-Vereinigtes Königreich: Bewertung der Verhandlungen über neue Partnerschaft

Nach dem EU-Austritt der Briten Ende Januar wird die Übergangsfrist, während der Großbritannien noch am EU-Binnenmarkt teilnimmt, zum Jahresende auslaufen. Die Verhandlungen über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und Großbritannien sind also in die heiße Phase eingetreten, zumal sich London gegen eine Verlängerung der Übergangsfrist entschieden hat. Zu Beginn der Woche verständigten sich Premierminister Boris Johnson, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel darüber, die Verhandlungen nun zu intensivieren.

Das Europaparlament, das einem künftigen Abkommen zustimmen muss, hat klargestellt, dass die künftige Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich eine umfassende Vereinbarung sein muss. Rosinenpickerei kann es nicht geben, schon deshalb nicht, weil im Austrittsvertrag bereits die Eckpunkte des künftigen Abkommens skizziert sind: vergleichbare Umwelt- und Sozialstandards zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs sowie Vereinbarungen zur Fischereipolitik oder zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Bis Ende Juli sollen nun die Verhandlungen wöchentlich laufen, so dass die notwendigen Fortschritte erreicht werden können, um das Abkommen bis zum Oktober unterschriftsreif zu bekommen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Konferenz über die Zukunft Europas soll im Herbst starten

Das Parlament will, dass die Konferenz so bald wie möglich beginnt und die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Coronakrise angeht. Diese wird vom Parlament, dem Rat und der Kommission organisiert und sollte bereits im Mai 2020

beginnen und zwei Jahre dauern, hat sich aber aufgrund der COVID-19-Pandemie verzögert.

Die Abgeordneten fordern hierzu ein offenes Verfahren mit Bürgerbeteiligung, durch das der Rahmen der Konferenz festgelegt werden soll. Das Parlament fordert ebenfalls sinnvolle Folgemaßnahmen zu den Schlussfolgerungen der Konferenz und eine ausdrückliche Verpflichtung der drei großen EU-Institutionen zu umfassenden EU-Reformen im Einklang mit den Anliegen der Bürger, möglicherweise einschließlich einer Überprüfung der EU-Verträge.

Die Abgeordneten wollen, dass die Stimme der Bürger im Zentrum breiter Diskussionen darüber steht, wie interne und externe Herausforderungen, die zum Zeitpunkt des Lissabon-Vertrags nicht vorgesehen waren, angegangen werden können. In der Entschließung vom Januar 2020 wird betont, dass Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem Hintergrund, Vertreter der Zivilgesellschaft und Interessenvertreter auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in die Festlegung der Prioritäten der EU im Einklang mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in einem von unten nach oben gerichteten, transparenten, integrativen, partizipativen und ausgewogenen Ansatz einbezogen werden müssen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Tod von George Floyd: Debatte über Rassismus in der EU und darüber hinaus

Die Polizeigewalt gegen Afroamerikaner und die Anti-Rassismus-Proteste in den USA und der EU waren Gegenstand der Plenardebatte. Die Abgeordneten haben mit Vertretern des Rates und der Kommission über Rassismus, Diskriminierung und Polizeigewalt diskutiert sowie über Probleme, mit denen Minderheiten wie jene afrikanischer Abstammung häufig konfrontiert sind. Der Unterausschuss für Menschenrechte des Parlaments hat bereits am 5. Juni eine Debatte über die Situation in den USA nach dem Tod von George Floyd geführt. Bereits im März vergangenen Jahres forderte das EP die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, Maßnahmen gegen den strukturellen Rassismus in Europa zu ergreifen. Die Abgeordneten forderten ein Ende des rassistischen Profiling im Strafrecht und der Terrorismusbekämpfung sowie Wiedergutmachung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des europäischen Kolonialismus.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Corona, Desinformation und das Recht auf freie Meinungsäußerung

In einer Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und einem Vertreter des Rates haben sich die Abgeordneten mit den Auswirkungen nationaler Notmaßnahmen auf die Grundrechte befasst. Die Diskussion hat sich vor allem auf die Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit Desinformationskampagnen ausländischer Akteure konzentriert, mit denen versucht wird, die Unsicherheit und die Ängste der Menschen auszunutzen. In einer am 17. April angenommenen Entschließung betonten die Abgeordneten, dass Falschinformationen über COVID-19 ein großes Problem im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit darstellen, und forderten eine europäische Informationsquelle, um den Zugang zu genauen und überprüften Informationen für alle Bürger zu gewährleisten. Darüber hinaus forderten die Abgeordneten soziale Medienunternehmen

auf, Desinformation und Hassreden im Zusammenhang mit COVID-19 proaktiv zu unterbinden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Schengen-Grenzkontrollen: Freizügigkeit rasch wiederherstellen

Nach der Einführung von Kontrollen an den Binnengrenzen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben die EU-Länder damit begonnen, die Kontrollen und die damit verbundenen Reisebeschränkungen aufzuheben. Die Abgeordneten haben daher mit Vertretern des Rates und der Kommission über Mittel und Wege zur Rückkehr zu einem voll funktionierenden Schengen-Raum diskutiert.

Die Abgeordneten betonen, dass eine rasche und gemeinsam abgestimmte Rückkehr zu einem voll funktionierenden Schengen-Raum von größter Bedeutung ist, um die Freizügigkeit zu gewährleisten und die wirtschaftliche Erholung der EU nach der Coronakrise sicherzustellen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Schutz vor ausländischen Übernahmen von EU-Unternehmen in der Zeit nach COVID

Staatlich subventionierte Unternehmen aus dem Ausland sollen es künftig schwerer haben, europäische Unternehmen aufzukaufen. Dies hat das Europaparlament in seinem jährlichen Wettbewerbsbericht gefordert, der in dieser Plenarwoche verabschiedet worden ist. Die EVP-Fraktion machte sich in diesem Zusammenhang für ein vorübergehendes Verkaufsmoratorium für coronagebeutelte europäische Unternehmen stark. Dieses sollte bei Wirtschaftssektoren greifen, die derzeit besonders angeschlagen sind, etwa die Luftfahrtindustrie.

Die EU-Kommission hatte dazu bereits ein Strategiepapier vorgelegt, das die hiesige Wirtschaft besser vor Übernahmen und zu großem Einfluss aus Drittstaaten schützen soll. Vor allem chinesische Investoren hatten zuletzt europäische Hightech-Firmen, etwa den deutschen Roboterhersteller Kuka, aufgekauft. Die EU-Kommission schlug vor, dass staatlich subventionierte Unternehmen aus dem Ausland, Käufe ab einem bestimmten Wert bei der EU-Kommission anmelden müssen. Ziel soll es sein, dass derartige Übernahmen letztlich verboten werden können. Im Herbst sollen konkrete Gesetzesvorschläge präsentiert werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Grünes Finanzwesen: Kriterien für nachhaltige Investitionen

Künftig gibt es einen Kriterienkatalog dafür, welche Finanzprodukte als nachhaltige Investitionen ("sustainable investment") deklariert werden können. Das Europaparlament hat die künftige EU-Verordnung gebilligt. Die genauen Kriterien werden im Rahmen so genannter delegierter Rechtsakte von der EU-Kommission ausgearbeitet. Für klimarelevante Kriterien soll das bis 2021 erfolgen, für andere bis 2022. Das Europaparlament kann Vorschläge der Kommission zu delegierten Rechtsakten ablehnen.

In der Verordnung, auf die sich Europaparlament und Mitgliedstaaten bereits im Dezember geeinigt hatten, ist aber bereits festgeschrieben, dass Investitionen in Kohleenergie nicht als nachhaltig ausgewiesen werden dürfen. Ebenso steht bereits fest, dass Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigte im Rahmen der nicht-finanziellen Berichtspflichten angeben müssen, welcher Anteil ihrer Investitionen nachhaltig ist. Für die CDU/CSU-Gruppe ist wichtig, dass wir in Europa Klimaschutzmaßnahmen ins Auge fassen, die auch funktionieren. Wir brauchen zwar einen klaren europäischen Rahmen, um zu verhindern, dass es zu einem Wildwuchs an konkurrierenden Standards kommt. Wir brauchen aber keinen planwirtschaftlichen Ansatz, um die Finanzströme der Wirtschaft zu lenken. Es ist ein Irrglaube, dass die Reduktion von Treibhausgasen über die Finanzwirtschaft gelenkt werden kann. Bei der Ausarbeitung der Standards geht es nun darum, dass die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten nicht so kompliziert wird, dass niemand die Standards erfüllen kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen erleichtern

Das Plenum hat über neue Regeln abgestimmt, die vorübergehend günstige Bedingungen für Banken gewährleisten sollen, um deren Fähigkeit zur Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte und zum Ausgleich coronabedingter Verluste zu verbessern und so die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und der Kontaktsperrungen zu mildern.

Um einen Ausgleich zwischen einem robusten und stabilen Bankensystem und der Sicherung dringend benötigter Kredite für die EU-Wirtschaft zu schaffen, einigten sich die Abgeordneten auf spezifische Änderungen der Eigenkapitalverordnung. Die Banken müssen die Auswirkungen der Pandemie auf ihre Bilanzen überwachen, notleidenden Krediten besondere Aufmerksamkeit widmen und die „Kenne deinen Kunden“-Vorschriften anwenden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Grenzgänger und Saisonarbeiter: Abgeordnete wollen bessere Arbeitsbedingungen

Das Parlament fordert Gleichbehandlung und Schutz vor COVID-19 für Grenzgänger und Saisonarbeiter. Außerdem fordern die Abgeordneten, dass die EU-Gesetzgebung korrekt umgesetzt wird, um das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort durchzusetzen, unter anderem durch nationale und grenzüberschreitende konzertierte und gemeinsame Arbeitsinspektionen.

Der Entschließungsentwurf drängt die Mitgliedsstaaten, rasch eine ausgewogene Revision der EU-Gesetzgebung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu verabschieden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten die Kommission auf, im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise Leitlinien für Grenz- und Saisonarbeitskräfte herauszugeben, insbesondere im Hinblick auf freie und faire Arbeitskräftemobilität, menschenwürdigen Wohnraum, die geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Naturkatastrophen: 279 Mio. Euro für Österreich, Italien, Portugal, Spanien

Die 279 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds (EUSF) sollen dazu beitragen, Schäden nach Überschwemmungen und Stürmen zu beheben. Wenn das Plenum zustimmt, würde der Großteil der Hilfe, 211,7 Millionen Euro, an Italien gehen. Spanien würde 56,7 Mio. Euro, Portugal 8,2 Mio. Euro und Österreich 2,3 Mio. Euro erhalten. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde nach den schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2002 eingerichtet. Seitdem wurde er bei 88 Katastrophen unterschiedlicher Natur - von Überschwemmungen über Waldbrände, Erdbeben und Stürme bis hin zu Dürren - mobilisiert. Bisher wurden 24 europäische Länder mit insgesamt über 5,5 Mrd. EUR unterstützt. Zum 1. April 2020 wurde der Anwendungsbereich des Fonds im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise erweitert (Beschluss des Parlaments hier), sodass nunmehr neben Naturkatastrophen auch Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, wie der derzeitige Coronavirus-Ausbruch, abgedeckt sind.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Fall des tschechischen Premiers: EU-Gelder besser schützen

Während eine formelle EU-Untersuchung des Interessenkonflikts läuft, ist der tschechische Premierminister weiterhin aktiv an der Umsetzung des EU-Haushalts beteiligt, während er nach wie vor über "Agrofert" bestimmt, das Konglomerat, das einer der größten Empfänger von EU-Subventionen in Tschechien ist. Die Abgeordneten fordern daher neue EU-Mechanismen zur Vermeidung von Interessenkonflikten in den Mitgliedsstaaten, wie etwa die Einführung eines Systems zur Identifizierung der Endbegünstigten von EU-Subventionen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Mein Mittelfranken

Tag der Bundeswehr: Wir. Danken. Euch!

Anlässlich der bayernweiten Bundeswehrkampagne „Wir. Danken. Euch.“ Des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU habe ich mich zum Tag der Bundeswehr mit Christian Werner getroffen. An einem Kriegsgräberdenkmal in meiner Heimatstadt Lauf habe ich mich persönlich bei dem Reserveoffizier bedankt.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

Besuch bei Modehersteller Carl Gross: Mehr Zuversicht wagen

Die Corona-Pandemie birgt nicht nur erhebliche gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung, sondern sorgt auch für einen drastischen wirtschaftlichen Einbruch. Daher habe ich zusammen mit Landtagsabgeordneten Norbert Dünkel den Modehersteller Carl Gross in Hersbruck besucht, um mich aus erster Hand über die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region zu informieren.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

Tag der Buchenwälder: Exkursion in den Buchenwald bei Aspertshofen

Anlässlich zum „Tag der Buchenwälder“, der dieses Jahr zum ersten Mal am 25. Juni stattfand, hat Agrarpolitikerin Marlene Mortler MdEP mit der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Nürnberger Land eine Exkursion in den Buchenwald bei Aspertshofen unternommen. Anschließend besuchte die CSU-Politikerin die Familie „Die Möbelmacher“ in Unterkrumbach.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

Herzensangelegenheiten

World Food Safety Day

Am 7. Juni 2020 wurde zum zweiten Mal der „Internationale Tag der Lebensmittelsicherheit“ begangen. Wir haben in Deutschland und Europa mit die sichersten und qualitativ hochwertigsten Lebensmittel weltweit. Das beweist, dass die Kontrollsysteme für Lebensmittelsicherheit funktionieren und unsere Landwirte am Anfang der Lebensmittelkette hervorragende Arbeit leisten - auch in der aktuellen Krise.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Internationaler Tag gegen Kinderarbeit

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten rund 152 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 17 Jahren unter Gegebenheiten, die als Kinderarbeit einzustufen sind. Nahezu die Hälfte von ihnen sind dabei unter ausbeuterischen und oft gesundheitsschädlichen und gefährlichen Bedingungen tätig. Wir müssen uns nach wie vor vehement dafür einsetzen, Kinderarbeit abzuschaffen! Das bedeutet im Detail, die Bedingungen in den ärmeren, gerade ländlichen Regionen dieser Welt dahingehend zu verbessern, dass die Eltern in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren - quasi als Hilfe zur Selbsthilfe.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Lesenswert

RTL/ntv-Trendbarometer vom 20. Juni

Die meisten Bundesbürger (68%) halten unverändert mit großem Abstand die Corona-Krise für das wichtigste Thema. Die politische Stimmung in Deutschland ändert sich auch weiterhin kaum. Im RTL/ntv-Trendbarometer verlieren CDU/CSU und FDP gegenüber der Vorwoche je einen Prozentpunkt, während Grüne und AfD jeweils einen Prozentpunkt hinzugewinnen können. Für SPD und Linke ändert sich nichts.

Die Union kommt damit auf 39 Prozent und bleibt mit großem Abstand stärkste Partei - 21 Prozentpunkte vor den Grünen (18%) und 25 Prozentpunkte vor der SPD (14%). Sowohl mit den Grünen als auch mit den Sozialdemokraten hätte die CDU/CSU derzeit eine klare regierungsfähige Mehrheit.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

Gastkommentar in der F.A.Z.: Das Rettungspaket der EU stößt an rechtliche Grenzen

Sven Simon, Professor für Völkerrecht und Europarecht an der Philipps-Universität Marburg und Mitglied des Europäischen Parlaments in der EVP-Fraktion, hat sich in einem Gastkommentar zum Rettungspaket der EU zum Wiederaufbau nach der Corona-Krise geäußert. Zu recht - denn die Kommission befindet sich in einem Dilemma: Einerseits darf sich die EU zur Finanzierung ihres Haushalts nicht verschulden. Alle Programme der Union müssen aus eigenen Mitteln finanziert werden, das heißt aus echten EU-Einnahmen wie Zöllen und Geldbußen sowie Beiträgen der Mitgliedstaaten. Andererseits will die Kommission ein Konjunkturprogramm auf den Weg bringen, dabei aber vermeiden, dass sich die Mitgliedstaaten in der jetzigen Situation weiter verschulden, weil eine zu hohe Staatsverschuldung den Euro gefährdet. Eine komplizierte Rechtskonstruktion, bei der jetzt überprüft werden muss, ob das Rettungspaket ohne Vertragsänderung überhaupt umgesetzt werden kann.

Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#)

Publikation der Stiftung Wissenschaft und Politik: EU-Grenzsicherung in Zeiten der Pandemie

Die massiven Mobilitätsbeschränkungen in der Schengen-Zone, die die EU-Staaten infolge der Corona-Pandemie verhängt haben, sollen ab Mitte Juni aufgehoben werden. Wenn in der Zeit danach keine zweite Infektionswelle ausbricht, kann unter deutscher Ratspräsidentschaft der Ausstieg aus allen verbliebenen Binnengrenzkontrollen gelingen. Die Reform der Schengen-Verordnung, die seit der Migrationskrise überfällig ist, kann neu angestoßen werden. Der Zusammenhang zwischen sicheren Außengrenzen und interner Freizügigkeit ist spätestens seit diesem Frühjahr neu zu bewerten. Zudem müssen gesundheitlich begründete Personenkontrollen besser abgestimmt werden. Es dürfte jedoch schwerer werden, für den kommenden EU-Pakt für Migration und Asyl einen Kompromiss zu finden. Der Zugang zu Asylverfahren ist trotz der nationalen Verantwortung für die öffentliche Gesundheit unbedingt zu gewährleisten.

Die vollständige Publikation finden Sie [hier](#)

Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung: Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten

Aktuell wird diskutiert, wie man globale Lieferketten nachhaltiger gestalten kann. Welche Akteure sind an welchen Stellen verantwortlich? Und wie lassen sich Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltschutzbestimmungen verpflichten? Aus christdemokratischer Sicht wäre ein entsprechendes Gesetz eine gute Maßnahme, doch es gibt auch berechtigte Einsprüche aufseiten der Wirtschaft. Unter „Argumente & Analysen“ zeigt die Konrad-Adenauer-Stiftung auf, welche Details es zu bedenken gibt.

Die vollständige Analyse finden Sie [hier](#)

Strategiepapier der Bundesregierung: Nationale Wasserstoffstrategie

Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzprogramm 2030 die Voraussetzungen für das Erreichen der Klimaziele 2030 geschaffen. Um eine saubere Energieversorgung zu sichern, müssen Alternativen zu den derzeit noch eingesetzten fossilen Energien. Der Energieträger Wasserstoff bekommt eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung und Vollendung der Energiewende. Wasserstoff soll sich in Deutschland etablieren, der auf Basis erneuerbarer Energien hergestellt wurde („grüner“ Wasserstoff). Die Nationale Wasserstoffstrategie formuliert Ziele, den Status Quo und Handlungsfelder.

Das vollständige Strategiepapier finden Sie [hier](#)

Artikel in der F.A.Z.: Die dunklen Seiten der Korruptionsjagd

Redakteurin Corinna Budras deckt mit einem Artikel die dunkle Seite der Korruptionsjagd auf: Die Rede ist von der Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“, kurz TI. Die hat in der vergangenen Woche ein delikates Dokument ins Netz gestellt: einen Untersuchungsbericht, in dem Fehlverhalten im internationalen Sekretariat nachgegangen wird. Es geht um Verstöße gegen TI-Prinzipien in der Schaltstelle der Organisation, einen schlechten Führungsstil, Mobbingvorwürfe gegen das Management, um miserable Kommunikation und einen Mangel an Transparenz. Der 26-seitige Bericht gibt das allerdings nur teilweise preis. Schon die erste Seite ist fast komplett geschwärzt, dort, wo eigentlich der Untersuchungsgegenstand erläutert werden soll, prangen schwarze Balken.

Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder-Allée 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Tel.: +49 9123 999 00 51

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Sarah Schöffler